

Beschlussempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Rosemarie Hein, Ulla Jelpke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6128 –**

Demokratie durch Transparenz stärken – Deklassifizierung von Verschlussachen gesetzlich regeln

A. Problem

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Voraussetzungen und den materiellen und organisatorischen Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen (Verschlussachen) restriktiv, umfassend und abschließend gesetzlich regelt, wobei eine automatische Deklassifizierung von sämtlichen Verschlussachen nach 20 Jahren ab der Einstufung erfolgen soll, ohne die Möglichkeit der Verlängerung dieser Frist sowie sämtliche Unterlagen, die mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang mit den Verbrechen der NS-Vergangenheit stehen, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Erstellung, sofort deklassifiziert und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen seien.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimm-
enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6128 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2012

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichterstatter

Kirsten Lüthmann
Berichterstatterin

Dr. Stefan Ruppert
Berichterstatter

Jan Korte
Berichterstatter

Wolfgang Wieland
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Armin Schuster (Weil am Rhein), Kirsten Lühmann, Dr. Stefan Ruppert, Jan Korte und Wolfgang Wieland**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 17/6128** wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 2012 an den Innenausschuss federführend und an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 98. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei

Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 24. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 24. Oktober 2012

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichtersteller

Kirsten Lühmann
Berichterstellerin

Dr. Stefan Ruppert
Berichtersteller

Jan Korte
Berichtersteller

Wolfgang Wieland
Berichtersteller

